

TOP 9, Mandat zum Bundeswehreinsatz bei der EU-Mission EUTM

30. März 2017, 228. Sitzung des Deutschen Bundestags

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jeder von uns, der schon einmal in Mali war, weiß um die schwierige Lage dort, weiß aber auch um die Fortschritte, die zumindest durch die Ausbildungsmission und einige andere Einsätze vor Ort erreicht wurden. Wenn wir heute über die Ausbildungsmission sprechen, dann muss uns bewusst sein, dass sie nur ein Mosaikstein unter vielen anderen ist; der Herr Bundesaußenminister hat das angesprochen. Ich will aber trotzdem noch einmal die UNO-Mission MINUSMA ansprechen, weil sie damit verzahnt ist, ebenso die französische Antiterrormission Barkhane, eine ganze Reihe ziviler Bereiche wie beispielsweise die EUCAP-Mission und vor allen Dingen auch unsere Anstrengungen in der Entwicklungszusammenarbeit. Es freut mich ganz besonders, dass – das finden wir nicht oft in den Mandatstexten – in diesem Mandatstext auch sehr klar über die entwicklungspolitischen Anstrengungen gesprochen wird, insbesondere im Bereich Dezentralisierung, gute Regierungsführung, aber auch in so handfesten Bereichen wie Wasser- und Abwasserversorgung und nachhaltige Landwirtschaft. Das alles zusammen macht den Einsatz in Mali aus. (Heike Hänsel [DIE LINKE]: Soldaten sind keine Entwicklungshelfer!) Wir dürfen durch die Mechanik unserer Debatten nicht den Linken auf den Leim gehen, indem wir uns ständig in eine militärische Debatte ziehen lassen. Es ist ein ganzheitlicher Einsatz, den wir dort haben, liebe Kolleginnen und Kollegen. (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU) Was unsere Debattenkultur im Bundestag angeht, ist es entscheidend, einmal herauszustellen, wie die Gesamtlage aussieht. Gestern hatten wir hier in Berlin eine Konferenz über Sicherheit, Frieden und Entwicklung in Afrika. (Heike Hänsel [DIE LINKE]: Schlimm genug!) Bei dieser Konferenz wurde auch sehr klar, dass die erste Voraussetzung für weitere Entwicklungen nun einmal Sicherheit ist. Angesichts dieses Engagements wird deutlich, dass unsere Anstrengungen beispielsweise beim Valletta-Gipfel im November 2015 oder bei verschiedenen EU-Gipfeln nicht umsonst waren; denn wir erleben, dass sich auch die Regionen selber miteinander vernetzen. Es gibt relativ neu eine Gruppe von fünf Sahelstaaten – Burkina Faso, Mali, Mauretanien, Niger und Tschad –, die versuchen, in einer gemeinsamen Sicherheitskooperation gegen den Terror vorzugehen und zugleich Entwicklungsperspektiven für ihre Bevölkerungen zu entwickeln. Warum ist das so entscheidend? In Subsahara-Afrika leben rund 700 Millionen Menschen. Jedes Jahr kommen 2 Millionen Menschen dazu. Bei uns würde das bedeuten: 2 Millionen Kindergartenplätze, 2 Millionen Schulplätze, 2 Millionen Arbeitsplätze. Dort bedeutet es aber in der Regel: aufwachsen in der Hoffnung auf Migration. (Jan van Aken [DIE LINKE]: Das ist so nun auch nicht!) Es kann doch nicht unser Ziel sein, die militärischen Engagements dort einzustellen und die Entwicklungszusammenarbeit nicht mehr zu schützen, um dann noch mehr Migration zu erzeugen. Unser Ziel muss doch sein, die Feuer, die dort sind, auszutreten. Lesen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linken, einmal das Friedensgutachten. Gerade das unlängst veröffentlichte Friedensgutachten macht deutlich: Die Präsenz von UN-Truppen stärkt die nachhaltige Entwicklung in der Region, weil sie erstens zur Ausbildung, zweitens zur Rückversicherung der jeweiligen Regierung, drittens zu einer bestimmten Kontrolle und viertens auch zu einem gewissen Gefühl wachsender Sicherheit in der Bevölkerung beiträgt. Das bedeutet für die Entwicklungszusammenarbeit auch das Schaffen einigermaßen stabiler Umwelten, von denen aus man investieren kann. 700 Millionen Menschen leben in der Region, aber für Mali selbst bedeutet das: fast 140 000 Flüchtlinge außerhalb des Landes und 40 000 Flüchtlinge innerhalb des Landes. Wenn wir also diese Ausbildungsmission betrachten, stellen wir fest, dass sie eingebettet ist in einen weitaus größeren Ansatz. Deshalb möchte ich abschließend einige Punkte ansprechen, die mir am Herzen liegen. Wenn die Europäische Union sich stärker auf Afrika fokussieren will – ich glaube, darin sind wir uns alle einig – und wenn wir

als Bundesrepublik Deutschland uns stärker um Afrika kümmern wollen, so sollten wir eine abgestimmte Strategie haben. Die Europäische Union hat in der Handelspolitik bereits das Zepter übernommen und organisiert die Handelspolitik. (Heike Hänsel [DIE LINKE]: Das ist ja die Katastrophe! Das ist doch das Problem!) Deshalb sollten wir in den nächsten Jahren alles daransetzen, dass auch die Entwicklungszusammenarbeit stärker koordiniert wird. Die Ansätze, die die Bundesrepublik Deutschland gemeinsam mit Frankreich und vielen anderen Partnern leistet, könnten wir von Brüssel aus stärker koordinieren durch Fordern von unserer Seite, aber auch durch entsprechende Förderprogramme, die wir alleine zu leisten nicht in der Lage sind. Deshalb halte ich es für sehr sinnvoll, solche Mandate, wenn wir im Bundestag darüber sprechen, im übergeordneten Zusammenhang zu betrachten. Ein weiterer Aspekt neben der Strategieentwicklung ist die entwicklungspolitische Orientierung; das heißt, wir setzen nicht auf die ausschließlich militärische Fokussierung von Einsätzen. Aber, Herr Außenminister, ich bitte Sie auch, Investitionen in Verteidigung und Sicherheit einerseits und diplomatisches Engagement und Entwicklungsengagement andererseits nicht auseinanderzudividieren. Wir müssen sehr deutlich und klar sagen, dass das gemeinsame Engagement für bessere Verteidigungsbemühungen, für mehr diplomatische Anstrengungen und für nachhaltige Entwicklungspolitik das verdient, was Ischinger und Altbundespräsident Gauck angesprochen haben: dass wir das 2-Prozent-Ziel mit verstärktem entwicklungspolitischem und diplomatischem Engagement verknüpfen und in Richtung eines 2,5- oder 3-Prozent-Zieles gehen, damit wir das, was wir leisten wollen, stärker miteinander verschränken und vor allen Dingen unserer Bevölkerung klarmachen, dass es eben nicht – wie die Linke ständig suggerieren will – um einen Militäreinsatz geht, sondern um ein abgestimmtes, gemeinsames Engagement für die Stabilisierung Afrikas und für Partnerschaft auf Augenhöhe. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Dagmar Ziegler [SPD]) Vizepräsident Johannes Singhammer: Zum Abschluss dieser Aussprache hat der Kollege Dr. Hans-Peter Uhl für die CDU/CSU das Wort. (Beifall bei der CDU/CSU) Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU): Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Staaten wie Mali, Mauretanien, Tschad, Niger, Burkina Faso stellen für uns alle eine ganz besondere Herausforderung dar. Heute diskutieren wir unser Bemühen um eine Militärmission in Mali. Ich möchte an das anknüpfen, was der Kollege Kiesewetter gesagt hat: Es geht nicht nur ums Militärische, Herr van Aken. Zunächst geht es natürlich darum, der Bevölkerung Lebenshilfe zu leisten, ihre akute Not angesichts der Übergriffe zu lindern und eine Bleibeperspektive zu schaffen. Es setzt logischerweise einen Hauch von Staatlichkeit voraus, so etwas zu ermöglichen. Ein Hauch von Staatlichkeit in einer Region mit historisch, kulturell und wirtschaftlich konkurrierenden Volksgruppen kann ja nur in dezentralen, föderalen Strukturen gelingen. Darum wird es in der nächsten Zeit gehen. Am Anfang muss aber die Beendigung bewaffneter Auseinandersetzungen stehen. Am Anfang müssen gewaltsame Übergriffe auf die Zivilbevölkerung verhindert werden, und das geht eben auch nur mit Gewalt. Ich bin deswegen für die klaren Worte von Ihnen, Herr Minister, dankbar, mit denen Sie das Grundsätzliche und die Ambivalenz unserer Entscheidung dargestellt haben – was es bedeutet, nichts zu tun, und was es bedeutet, sich auf militärischem Gebiet zu engagieren. Für den ganzen nordafrikanischen Raum gilt es, islamistisch-terroristische Landnahmen zu verhindern. MINUSMA, die robuste Mission, haben wir beschlossen; der Bundestag hat sich entschieden, dass Deutschland sich daran beteiligt. Dennoch ist es nach wie vor wichtig, der Bevölkerung die Sinnhaftigkeit dieses deutschen Engagements südlich der Sahara, so weit weg von uns, zu erläutern. Die Migrationsströme der vergangenen Monate – auch aus diesem Teil der Welt – nach Europa und insbesondere zu uns, nach Deutschland, haben deutlich gemacht, dass es schon aus humanitären Gründen gerechtfertigt ist, Hilfe zu leisten. Aber darüber hinaus ist es unser ureigenes europäisches Interesse, einen Beitrag zur Stabilisierung der afrikanischen Staaten zu leisten. Gemeinsam muss es uns gelingen, für die Menschen in dieser Region Bleibeperspektiven zu schaffen, und das beginnt nun einmal mit der Aufgabenstellung der Mission, um die es heute hier geht, nämlich mit dem Einsatz des Militärs und der Beratung und Unterstützung des Militärs durch

uns. Aber auch ich lege Wert darauf, dass darüber hinaus, wie Kollege Kiesewetter es ausgeführt hat, eine ganzheitliche Entwicklungsperspektive in all diesen Subsahara-Staaten zu erarbeiten ist. Dazu gehören ganz konkrete, realistische Lösungsansätze, die Hilfe für die Menschen bedeuten. Menschen, die wir zu Handwerkern ausgebildet haben, Menschen, die in Gewerbeparks Arbeit finden, Menschen, die Bewässerungsanlagen errichten und reparieren können, schaffen eine Oase der Zukunft in einer konfliktanfälligen Region. Das ist unsere eigentliche Aufgabe, unser Ziel, dem wir uns verschrieben haben. (Heike Hänsel [DIE LINKE]: Wir sprechen hier über einen Bundeswehreinsatz!) – Ich habe gerade erläutert – ich hoffe, Sie haben zugehört –, dass dies mit einem Bundeswehreinsatz beginnen muss, der aber nicht das Endziel sein kann. (Heike Hänsel [DIE LINKE]: Kommen Sie mal zum Thema zurück! Da geht es um Töten und Sterben!) Menschen sollen sich zutrauen, Lebensperspektiven in ihrer Heimat zu schaffen, statt ihr Leben und ihr Vermögen kriminellen Schlepperbanden anzuvertrauen. Das ist unser eigentliches Ziel. (Beifall bei der CDU/CSU) Wenn es uns auch nur ansatzweise gelingt, für viele Menschen südlich der Sahara Lebensperspektiven zu schaffen, ist es möglicherweise nicht mehr nötig, nördlich der Sahara Auffangcamps zu errichten, in denen Rückkehrer aus Europa untergebracht werden können; denn dann haben wir die Menschen schon überzeugen können, in ihrer Heimat zu bleiben, statt unter Einsatz ihres Lebens die Sahara zu durchwandern. (Beifall bei der CDU/CSU) Der heutige Beschluss über die Fortsetzung der Militärmission EUTM Mali soll also die Grundlage für sehr viel mehr sein. Das ist die Überlegung, um die es hier geht. Der intensive Ausbau der Entwicklungszusammenarbeit, die Schaffung von Bleibeperspektiven und damit die Verringerung von Fluchtgründen für die Menschen in dieser konfliktbeladenen Region, das sind unsere Aufgaben. Deswegen bedanke ich mich auch bei den Grünen. Frau Brugger, Sie haben sehr differenziert argumentiert – im Gegensatz zum Vertreter der Linken. (Jan van Aken [DIE LINKE]: Ich fand es superdifferenziert!) Der Geist, der stets verneint, mit dem sich auseinanderzusetzen einfach keinen Sinn macht. (Beifall bei der CDU/CSU – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Sinn ergibt sich, er macht sich nicht, Herr Kollege!)